

DER TAGES SPIEGEL

UNABHÄNGIGE BERLINER MORGENZEITUNG

Verlag Der Tagesspiegel GmbH, 1 Berlin 30, Postfach, Potsdamer Straße 87 / Fernsprechnummer 13 03 31 / Fernschreiber: 01 83773 / Telegramme: Tagesspiegel Berlin / Bankkonten: Berliner Disconto Bank AG, Berliner Bank AG, Bank für Handel und Industrie AG, Berliner Commerzbank AG / Postscheck-Konto: Berlin West 105 / Bonner Redaktion: 53 Bonn, Pressehaus, Telefon: 2 14 51 / Abonnementspreis bei freier Zustellung durch eigene Boten 5,50 DM, durch die Post 6,— DM monatlich / Erscheint täglich außer nach Sonn- und Feiertagen / Keine Ersatzansprüche bei Störungen durch höhere Gewalt / Anzeigenpreisliste Nr. 16 / Erfüllungsort und Gerichtsstand Berlin-Tempelhof



Tel.-Sammelnr. 13 03 31. Unsere Geschäftsstellen: Bln. 19 (Charlbg.), Kaiserdamm 7; Bln. 41 (Friedenau), Rheinstr. 62; Bln. 33 (Grunewald), Hohenzollernplatz 94; Bln. 28 (Hermesd.), Heinestr. 37; Bln. 46 (Lankwitz), Leonorenstr. 71; Bln. 45 (Lichterfelde), Baseler Str. 12; Bln. 65, Müllerstr. 122b; Bln. 21 (Moabit), Alt-Moabit 86b; Bln. 44 (Neukölln), Karl-Marx-Str. 184; Bln. 52 (Reinickd.), Scharnweberstr. 49; Bln. 30 (Schöneberg), Hohenstaufenstr. 25; Bln. 36, Dresdener Str. 16; Bln. 20 (Spand.), Markt 2/3; Bln. 41 (Steglitz), Schlossstr. 110, Ecke Florastr., u. Albrechtstr. 118; Bln. 42 (Tempfh.), Te.-Damm 2; Bln. 15, Kurfürstendamm 188; Bln. 30, Tauentzienstr. 1; Bln. 30, Potsd. Str. 87; Bln. 31 (Wilmerd.), Uhlendamm 137; Bln. 37 (Zehlendorf), Berl. Str. 2.

Nr. 5878 / 21. JAHRGANG

BERLIN, DIENSTAG, 12. JANUAR 1965

A 6622 A / 20 Pf / Ausw. 25 Pf

27 Bundestagsausschüsse und alle Minister in Berlin

Bundeskanzler vor CDU/CSU-Fraktionsvorstand über sein bevorstehendes Treffen mit de Gaulle

Tsp. Berlin. Die parlamentarische Arbeitswoche des Bundestages in Berlin, zu der gestern auch Bundeskanzler Erhard und alle Bundesminister im freien Teil der alten Reichshauptstadt eintrafen, begann am Montag mit einer Sitzung des CDU/CSU-Fraktionsvorstandes im Reichstagsgebäude. Zur gleichen Zeit richtete die SPD scharfe politische Angriffe gegen die Regierungspartei. In Form von acht Fragen an den Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verlangte die Opposition Auskunft über das Verhältnis zwischen Bundeskanzler Erhard und Außenminister Schröder.

Vor dem CDU/CSU-Fraktionsvorstand teilte Bundeskanzler Erhard mit, sein Treffen mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle in der nächsten Woche auf Schloss Rambouillet sei kein Ersatz für die im deutsch-französischen Freundschaftsvertrag vorgeschriebene halbjährliche Konsultation zwischen dem französischen Staatspräsidenten und dem deutschen Bundeskanzler.

Die zeitlich an sich schon überfällige Konsultation unter Beteiligung mehrerer Minister werde in Kürze nachgeholt; ein Termin soll in dem Gespräch auf Rambouillet vereinbart werden. Erhard drückte die Hoffnung aus, daß die intime Atmosphäre des Schlosses Rambouillet die Möglichkeit bieten werde, zu konkreten Ergebnissen im Sinne einer deutsch-französischen Annäherung zu kommen. Nach der agrarwirtschaftlichen Einigung in Brüssel sei nunmehr auch ein Fortschritt zur politischen Einigung Europas möglich. „Ich gehe aufgeschlossen an dieses Gespräch heran.“

Bundesaußenminister Schröder betonte vor dem Fraktionsvorstand, daß er im Gegensatz zu Pressebehauptungen und Fragen der sozialdemokratischen Opposition in allen Punkten mit Bundeskanzler Erhard übereinstimme.

SPD: „Heillose Verwirrung“

Dagegen sprach die SPD in einer gestern veröffentlichten Presse-Erklärung von einer „heilloser Verwirrung“ in der Bundesregierung und richtete acht Fragen über das Verhältnis zwischen Bundeskanzler Erhard und Außenminister Schröder an den Fraktionsvorstand der CDU/CSU.

Anlaß für die Fragen der SPD war ein gestern veröffentlichter Artikel in der Düsseldorf „Rheinischen Post“, der von Spannungen zwischen Erhard und Schröder berichtete. Das Blatt gilt als der CDU nahestehend und über parteiinterne Vorgänge gut informiert.

Die SPD will von der CDU/CSU wissen, ob folgende Angaben in dem Artikel stimmen:

1. Die außenpolitischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Erhard und Schröder sollen

sich auf wichtigen Gebieten der Außenpolitik zugespielt haben.

2. In der CDU/CSU soll immer mehr darauf gedrängt werden, daß Erhard Schröder an die Richtlinienkompetenz des Kanzlers erinnert.

3. Schröder soll der Meinung sein, daß das Drängen des Kanzlers auf eine westliche Deutschland-Initiative zur Zeit sinnlos ist und die Beziehungen zu den Verbündeten nur belastet.

4. Schröder soll befürchten, Erhard könne dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle zu weitgehende Konzessionen machen, und soll deshalb die Bemühungen des Bundeskanzlers zu einem Ausgleich mit Paris mit Mißtrauen beobachten.

5. Im Bundeskanzleramt soll die Besorgnis gehegt werden, Schröder könne die Pläne Erhards durchkreuzen.

6. Die Annäherung an de Gaulle soll im Bundeskanzleramt schon betrieben worden sein, als Schröder und Bundesverteidigungsminister von Hassel sich noch bemühten, für Januar eine Konferenz der acht bisher an der Multilateralen Atomstreitmacht der NATO interessierten Mächte zustande zu bekommen.

7. Erhard soll die Entscheidung, sich zuerst mit de Gaulle und dann erst mit Premierminister Wilson zu treffen, gegen den Rat Schröders getroffen haben.

8. In der Umgebung des Bundeskanzlers soll Genugtuung darüber geäußert worden sein, daß Schröder von den Besprechungen Erhard-de Gaulle nächste Woche weitgehend ausgeschlossen sein wird, weil sie in Rambouillet fast nur unter vier Augen sprechen.

Fortsetzung Seite 2, Spalte 1

Ungarns Außenminister in Paris

Interesse an den französischen Europa-Vorstellungen geäußert

Paris (AP). Auf Einladung des französischen Außenministers Couve de Murville traf der ungarische Außenminister Peter am Montag zu einem dreitägigen Besuch in Paris ein. Bei seiner Ankunft erklärte Peter, er wolle die französische Konzeption von einem unabhängigen, europäischen und größeren Europa kennenlernen. Ferner hoffe er, alle Aspekte der ungarisch-französischen Beziehungen und gewisse internationale Probleme mit seinem Gastgeber erörtern zu können.

Peter versicherte, daß er voller Hoffnung und voll guten Willens nach Paris gekommen sei. Am Vormittag wurde Peter vom Generaldirektor der UNESCO, Maheu, zu einer Aussprache empfangen.

Wie ergänzend aus Budapest verlautete, wird Peter von Couve de Murville zu erfahren suchen, ob Presseberichte zutreffen, wonach Staatspräsident de Gaulle im Laufe dieses Jahres osteuropäische Staaten zu besuchen beabsichtigt. Ungarn wäre in diesem Falle daran interessiert, daß de Gaulle auch Budapest in seine Reise einbezieht. Ferner rechnet man in Budapest damit, daß Peter mit seinem französischen Gesprächspartner die internationale Lage sowie Fragen des Handels und des Kulturaustausches erörtern wird. Die diplomatischen Vertretungen beider Staaten waren im Dezember 1963 in den Rang von Botschaften erhoben worden.

Kulturabkommen mit Rumänien

Der rumänische Außenminister Manescu, der auf dem Heimflug von New York in Paris Station machte, unterzeichnete am Montag ein Kulturabkommen zwischen seinem Lande und Frankreich. Für Frankreich setzte Couve de Murville seine Unterschrift unter das Dokument. In einem gemeinsamen Kommuniqué heißt es, beide Staaten seien übereingekom-

men, die kulturelle Zusammenarbeit auf allen Gebieten zu fördern. Besonders würden sich die beiden Regierungen der Förderung der Landessprachen beider Länder annehmen. Gemäß der Vereinbarung wird eine gemischte Kommission gebildet, die einen Austausch von Lehrern, Professoren und Schülern sowie von Rundfunk und Fernsehsendungen, Büchern und Filmen in die Wege leiten soll. Der Kommission obliegt ferner die Aufgabe, sportliche Begegnungen und den Touristenverkehr zwischen beiden Ländern in Gang zu bringen.

Peyrefitte über Moskau-Reise befriedigt

Paris (dpa). Befriedigt äußerte sich der französische Informationsminister Peyrefitte am Montag nach einem dreitägigen Aufenthalt in Moskau. Bei seiner Ankunft in Paris erklärte er, seine Gespräche in der sowjetischen Hauptstadt seien unter „sehr guten Bedingungen“ verlaufen. Peyrefitte war auch mit dem sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin zusammengetroffen. Außerdem vereinbarte Peyrefitte mit den entsprechenden sowjetischen Stellen einen Programmaustausch für Rundfunk und Fernsehen beider Länder, sowie die Eröffnung eines ständigen Büros der französischen Rundfunk- und Fernsehanstalt in Moskau. Zu Arbeiten auf dem Gebiet des Fernsehens sollen in Kürze Techniker zwischen den beiden Ländern ausgetauscht werden.

Umzingelung der Hauptstadt Saigon durch die Kommunisten immer enger

Kämpfe jetzt schon in unmittelbarer Nähe — Verstärkungen nach Bing Chia

Saigon (dpa/AP). Die Lage in Südvietnam wird von politischen Beobachtern immer enger beurteilt. Nach letzten Berichten wird der Ring, den die kommunistischen Rebellen um die Hauptstadt Saigon gelegt haben, immer enger. Gefechte finden jetzt schon in unmittelbarer Nähe Saigons statt. Die Rebellen treten in immer größeren Verbänden zu ihren Angriffen an, und die Verluste der Regierungstruppen und der amerikanischen Berater steigen. Schon jetzt wird die Lage Saigons mit der Dien Bien Plus verglichen, wo Frankreich vor zehn Jahren den Kampf um seine Kolonien in Indochina verloren hatte.

Die südvietnamesische Armeeführung hat am Montag damit begonnen, das gesamte Marine-soldaten-Korps in das seit Wochen unkämpfte Gebiet um die Stadt Bing Chia südlich von Saigon zu werfen. Die vier Bataillone, die rund 2500 Mann umfassen, wurden mit Hubschraubern und Landfahrzeugen verlegt. Sie lösen drei Fallschirmjäger-Bataillone ab, die in den letzten Wochen einen zermürbenden Kleinkrieg gegen die Vietcong geführt haben.

Die kommunistischen Vietcong-Streitkräfte haben angekündigt, zum Neujahrstag, der in Vietnam am 2. Februar begangen wird, eine dreitägige Waffenruhe einzuhalten.

Scharfe Angriffe Pekings auf die UNO

Austritt Indonesiens „richtig, zeitgerecht und mutig“

Peking (AP/dpa). Die rotchinesische Regierung hat den Austritt Indonesiens aus der UNO ausdrücklich gebilligt und gleichzeitig scharfe Angriffe gegen die Weltorganisation gerichtet, die nach rotchinesischer Ansicht „gründlich umgeformt“ werden müsse.

In einer Pekinger Regierungserklärung hieß es am Sonntag, der UNO-Austritt Indonesiens sei „richtig, zeitgerecht und mutig“. Am Montag sagte Pekings Außenminister Tschin Ji, Indonesiens Haltung sei das „erste Frühlingsgewitter“, das die Welt 1965 erlebt habe. Gleichzeitig versprach Tschin Ji Indonesien jede Hilfe im Kampf gegen „Imperialismus und Kolonialismus“.

In einer Stellungnahme der regierungsmittlichen „Pekinger Volkszeitung“ heißt es, die UNO sei zu „einem Werkzeug des Imperialismus und des von den USA angeführten alten und neuen Kolonialismus“ geworden. Die USA bedient sich der UNO als Tarnung ihrer „Aggressionen“ in Asien. Die UNO sei nach 20 Jahren in ein Stadium gekommen, in dem eine Überprüfung „im Lichte ihrer Taten“ erforderlich geworden sei. „Die Volksrepublik China, die 650 Millionen Chinesen repräsentiert, ist schon immer von den Vereinten Nationen ausgeschlossen gewesen, und jetzt ist auch Indonesien mit 104 Millionen Menschen gezwungen, sich aus der Organisation zurückzuziehen. Ist das nicht ein hinreichender Beweis, daß diese sogenannte Weltorganisation umgeformt werden muß?“

Bei der Sicherung des Friedens habe die UNO noch nie eine positive Rolle gespielt. Alle bedeutenden internationalen Abkommen in den Nachkriegsjahren wie der Waffenstillstand in Korea, die Indochina-Regelung und die „friedliche Lösung der Laos-Frage“ seien außerhalb der UNO geschlossen worden, schreibt das Pekinger Blatt.

Sukarno schickt Sonderbotschafter

Djakarta (AP). Offenbar in Besorgnis um seine Beziehungen zu den afro-asiatischen Staaten hat der indonesische Präsident Sukarno ein Regierungsmitglied damit beauftragt, als Sonderbotschafter in afrikanischen Ländern die Gründe für den indonesischen Austritt aus der UNO zu erläutern. Wie mitgeteilt wurde, wird heute der dritte stellvertretende Außenminister, Frau Supeni, nach Afrika reisen.

UNO-Sitzung boykottiert

New York (dpa). Indonesien hat am Montag zum erstenmal eine Tagung der Weltorganisation boykottiert. Bei der Sitzung des Vorstandes des UNO-Sonderfonds, auf deren Tagesordnung zwei von der indonesischen Regierung

beantragte Projekte stehen, fehlte der Vertreter Djakartas. Bisher stellte Indonesien den Vizepräsidenten im Vorstand des Sonderfonds.

Peking gibt Korruption in „Volkskommunen“ zu

Hongkong (AP). In Peking ist jetzt zugegeben worden, daß sich in Rotchina die Fälle von Korruption häufen. Wie die amtliche „Volkszeitung“ berichtet, ist diese Korruption vor allem in den „Volkskommunen“ anzutreffen. Die Behörden entschlossen sich zu einem scharfen Vorgehen gegen diese Mißstände, die als „Massenausbeutung“ angeprangert werden.

„U 2“ über Rotchina abgeschossen

Taipeh (UPI). Nationalchinesische Sprecher haben am Montag Berichte aus Rotchina bestätigt, daß ein nationalchinesisches Aufklärungsflugzeug vom Typ „U 2“ über dem kommunistischen Festland abgeschossen worden ist. Es handelt sich um den vierten Abschuß eines Flugzeugs dieses Typs durch die Rotchinesen.

Wieder Sowjetzonen-Spion in Österreich verhaftet

Wien (AP). Den österreichischen Sicherheitsbehörden ist im Kampf gegen die Sowjetzonen-Spionage ein neuer Schlag geglückt. Am Montag wurde die Verhaftung eines Zonen-Agenten bekanntgegeben, der vor zwei Jahren als „Flüchtling“ nach Österreich gekommen und auf ein großes chemisches Werk (Semperit) in der Nähe Wiens angesetzt worden war. Der Verhaftete wurde bei den weiteren Ermittlungen über die vor einem Monat in einem Stahlwerk in Tirol aufgeflogene Zonen-Spionageaffäre ertappt.

Kardinal Wyszynski kritisiert erneut die Regierung

Warschau (dpa). Der Erzbischof von Warschau, Kardinal Wyszynski, beschuldigte am Sonntag die polnischen Behörden, daß sie den Bau von Kirchen in Warschau verhinderten. Vor rund 3000 Zuhörern sagte er in einer Predigt in Warschau, der polnische Staat wolle eine Stadt ohne Gott aufbauen. Nicht ein Gotteshaus sei in den letzten Jahren in der polnischen Hauptstadt entstanden. Der Kirche seien soviel Schwierigkeiten gemacht worden, daß sie es trotz aller Anstrengungen, Eingaben und Bitten nicht fertiggebracht hätte, das Hindernis zu überwinden, erklärte der Kardinal.

Unsere Meinung:

Arbeitswoche in Berlin

Bn. In diesen Tagen, im zwanzigsten Jahr der deutschen Teilung, hat der deutsche Bundestag seine Tätigkeit für eine parlamentarische Arbeitswoche nach Berlin, in den freien Teil der alten deutschen Hauptstadt, verlegt. Eine begrüßenswerte Demonstration deutscher Zusammengehörigkeit. Für eine Woche strahlt Berlin wieder die politischen Impulse aus, die zur Atmosphäre einer Hauptstadt gehören, und es ist kein Zufall, daß diese Impulse in erster Linie der Deutschland-Frage gelten. Die Stadt ist eine Klammer zwischen beiden Teilen unseres Landes und deshalb ein Aergernis für jenen Pankower Pseudostaat, aus dem wütende Proteste gegen die Versammlung der freigewählten deutschen Parlamentarier herüberschallen. Gerade im vergangenen Jahr ist der Machtanspruch der kommunistischen Drei-Staaten-Theorie durch den Freundschaftsvertrag Ulbrichts mit Moskau „für die nächsten zwanzig Jahre“ zementiert worden. Man muß leider sagen, daß die kommunistische Herausforderung gegenüber dem deutschen Volk nicht geringer geworden ist, obwohl die Grenzen der sowjetischen Macht in Kuba und in Berlin gerade infolge ihrer Überschreitung für alle Welt sichtbar geworden sind. Was man dem deutschen Volke heute von Moskau aus als eine Dauerlösung seiner staatlichen Existenz anbietet, würde selbst der rückständigste afrikanische Negerstamm mit Verachtung von sich weisen. In der Abwehr dieser Herausforderung, die in Festigkeit, Besonnenheit und Beharrlichkeit bestanden werden muß, ist die Bundesrepublik auf die Hilfe ihrer Verbündeten angewiesen, die nicht übergeben, sondern nur überzeugt werden können. Das gilt besonders für Berlin, dessen getrennte Bevölkerung mit den Flüchtlingsmorden an der Mauer fast untrügend Provokationen ausgesetzt ist. Mit den „drei Essentials“, die John F. Kennedy formulierte, haben die Westmächte eine unübersteigbare Grenze für die Provokationen des Ostens gesetzt. Der Einsatz ihrer eigenen Existenz ist jedoch mit dem verständlichen Wunsch verbunden, die übernommenen Verpflichtungen klar und überschaubar zu halten. Die „drei Essentials“ sind deshalb nicht von jenem Viermächte-Statut zu trennen, das mancher auch bei uns gern zum alten Eisen würde, weil es auf der anderen Seite der Mauer täglich gebrochen wird. Man muß sich diese Interessen der Alliierten vor Augen halten, um ihr Zögern zu verstehen, wenn Forderungen nach Direktwahl der Berliner Bundestagsabgeordneten oder nach einer Plenarsitzung des Bundestages in Berlin laut werden, die seit dem Berlin-Ultimatum Chruschtschows nicht mehr stattfand. So nämlich Demonstrationen sind, sie können weder alliierte Sicherheitsgarantien noch echte Deutschland-Initiativen ersetzen.

Die Staatsaktion

Gz. Zwischen Bonn und Teheran ist es wegen einer im „Kölner Stadt-Anzeiger“ veröffentlichten Photomontage zu einer diplomatischen Verstimmung gekommen, die inzwischen auf die deutsche Innenpolitik übergreifen hat. Ohne Zweifel stellte diese Photomontage, die den Schah und den arabischen Ex-König Saud bei einem auch die persische Kaiserin kompromittierenden Handel zeigte, eine tiefe Ehrverletzung gegenüber dem persischen Herrscherpaar dar, so daß dessen auf diplomatischem Wege übermitteltes Verlangen nach Genugtuung vollauf verständlich ist. Trotzdem fragt man sich, ob es keinen anderen Weg zu einer sauberen Bereinigung dieser Affäre gab, als die vom Bundespräsidenten in einer Neujaarsansprache angekündigte Einleitung eines Strafverfahrens. Denn immerhin hatte sich das Kölner Blatt unverzüglich sowohl gegenüber seinen Lesern als auch gegenüber persischen Stellen entschuldigt, und überdies hatte der Verleger des „Kölner Stadt-Anzeigers“ seine Bereitschaft erklärt, nach Teheran zu fliegen und dem Schah auch persönlich eine förmliche Entschuldigung vorzutragen. Es kann hier unerörtert bleiben, ob dem Schah auf diesem Wege nicht über die rechtliche Seite des Falles hinaus auch im politischen Sinne eine echte Genugtuung zuteil geworden wäre. Auch als dem Auswärtigen Amt das persische Ersuchen um eine Strafverfolgung vorlag, waren gewiß noch nicht alle Möglichkeiten einer weniger spektakulären Beilegung der Angelegenheit erschöpft. Nach der öffentlichen Ankündigung des Bundespräsidenten freilich mußten die Dinge ihren Lauf nehmen, und dies geschah in jener unglücklichen Weise, die hierzulande bei Aktionen gegen die Presse nicht mehr ungewohnt ist. Konnte die Haussuchung bei dem Hersteller der Photomontage — einem Staatenlosen, dem Beziehungen zu einer in Persien verbotenen Partei nachgesagt werden — noch mit gewissen politischen Verdachtsmomenten begründet werden, so stellte die Beschlagnahme einer diesen Fall gar nicht tangierenden Montage nichts anderes als eine Vorenzensur dar. Daß hier das Engagement des Bundespräsidenten den Eifer untergeordneter Stellen mehr als wünschenswert und erlaubt gefördert hat, läßt sich nur vermuten. Und ebenso wenig läßt sich der Argwohn des Kölner Blattes belegen, das energische Durchgreifen des Bundespräsidenten gerade in diesem Falle sei nicht zufällig, da im „Kölner Stadt-Anzeiger“ wiederholt „Bedenken gegen das diplomatische Geschick Heinrich Lübkes“ gestanden hätten, die man im übrigen in dieser Affäre bestätigt sehe. Wie dem auch sei: An Fingerspitzengefühl hat es nicht nur in der Kölner Redaktion gefehlt, weshalb eine Ehrenrettung für den Schah leichter herzustellen sein dürfte als Genugtuung über die Behandlung des Falles.



Gestern auf dem Flugplatz Tempelhof. Bei seinem Eintreffen in Berlin wurde Bundeskanzler Erhard vom Regierenden Bürgermeister Brandt begrüßt. Photo: berlin-bild

Kossygin besucht London

Wilson besucht Moskau

Beide Reisen in diesem Jahr

London (dpa). Der geplante London-Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin und der Gegenbesuch von Premierminister Wilson in Moskau sind von den beiden Regierungen jetzt fest vereinbart worden. Der Kossygin-Besuch wird im Frühjahr erwartet. Auch Wilson dürfte noch in diesem Jahr nach Moskau reisen.

Israel bekundet Interesse am Panzer „Leopard“

Hamburg (UPI). Israel hat sein Interesse an Waffensystemen der Bundeswehr zum Ausdruck gebracht. Wie am Montag in Hamburg verlautete, haben israelische Offiziere kürzlich der Panzertruppenschule der Bundeswehr in Munster einen Besuch abgestattet. Dabei haben die israelischen Offiziere betontes Interesse an dem neuen deutschen Kampfpanzer „Leopard“ bekundet. Der „Leopard“ soll in diesem Jahr bei der Bundeswehr eingeführt werden.

Bundesanwaltschaft prüft „FAZ“-Artikel über Atomminen

Karlsruhe (UPI). Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe prüft gegenwärtig, wie der Artikel „Atomminen an der Zonengrenze“ in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ rechtlich zu beurteilen ist. Der Artikel über westliche Erwägungen hinsichtlich eines Einsatzes von Atomminen an der Zonengrenze war im Dezember in der Zeitung erschienen. Verfasser ist Adelbert Weinstein, der Oberstleutnant der Reserve im Generalstab der Bundeswehr ist. Weinstein sagte zu der Prüfung durch die Bundesanwaltschaft, auch Bundesverteidigungsminister von Hassel habe sich öffentlich zu dem gleichen Thema geäußert, und zwar in der letzten Ausgabe der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs“. Weinstein betonte, daß sein Artikel 14 Tage früher erschien, liege nun daran, daß er für eine Tageszeitung schreibe. „Foreign Affairs“ habe eine sechs-wöchige Vorbereitungszeit. Sein Artikel, sagte Weinstein, sei ein Diskussionsbeitrag gewesen. Solche Diskussionsbeiträge aber müßten publiziert werden, wenn die westliche Welt von ihrer Stärke der freien Diskussion Gebrauch machen wolle.